

Haushaltsverhandlungen 2022/2023

DGB-Position zu den Bereichen Arbeit, Bildung und Wirtschaft

Corona-Krise und Investitionen: Durch Investitionen Zukunft sichern

- Der Bremen-Fonds muss ausgebaut und verlängert werden. Das aktuelle Jahr zeigt, dass die Corona-Krise noch nicht vorbei ist. Gerade jetzt muss das Land Bremen Investitionen ermöglichen. Dazu müssen die Mittel aber richtig eingesetzt werden. Sie sollen den Strukturwandel im Land Bremen befördern, gute Arbeit sichern und Klima- und Umweltschutz befördern. Zusätzlich müssen sie an das Tariftreue- und Vergabegesetz und den Landesmindestlohn gekoppelt werden.

Arbeit: Tarifbindung stärken, Digitalisierung und Strukturwandel gemeinsam gestalten, Diskriminierung bekämpfen, Teilhabe für Arbeitslose sicherstellen, öffentlichen Dienst stärken

- Nur noch 17 Prozent der Betriebe im Land Bremen wenden einen Tarifvertrag an. In der Konsequenz profitiert nur noch jeder zweite Beschäftigte von einem Tarifvertrag. Dies hat negative Konsequenzen für die Beschäftigten in nicht-tarifgebundenen Betrieben: Sie verdienen deutlich weniger und haben einen schlechteren Zugang zu betrieblicher Weiterbildung. Der Lohnrückgang durch Tarifflicht spaltet die Gesellschaft. Daher muss das Tariftreue- und Vergabegesetz überarbeitet werden: Öffentliche Aufträge darf es nur noch für Unternehmen geben, die Tarifverträge anwenden. Bei der Überarbeitung des Gesetzes müssen auch Regelungen wie Mindesthonorare aufgenommen werden, die eine Tarifflicht durch die Beauftragung von Selbstständigen damit verhindern sollen. Dies bedeutet zwar Mehrkosten bei der öffentlichen Auftragsvergabe, stärkt aber die Beschäftigten, erhöht den gesellschaftlichen Zusammenhalt, bringt Kaufkraft und höhere Steuereinnahmen: Momentan entgehen dem Fiskus über 300 Millionen Euro durch Tarifflicht allein im Land Bremen.
- Im Gesundheitssektor und den Sozialdiensten haben sich die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren aufgrund von Sparmaßnahmen und dem Einfrieren des Budgets zum Inkrafttreten der Schuldenbremse verschärft. Zusätzlich wurden Bereiche städtischer Betriebe ausgegliedert und anschließend nicht mehr nach TVÖD bezahlt (z.B. Gesundheit Nord Dienstleistungen). In diesen Bereichen müssen Tarifverträge vollumfänglich angewendet und vom Land finanziert werden.
- Die Digitalisierung, aber auch gewandelte gesellschaftliche Anforderungen z.B. aus Klimaschutzgründen, werden weite Teile der bremischen Wirtschaft stark verändern. Dieser Wandel muss gestaltet und Beschäftigung gesichert werden. Daher muss der Senat die Sozialpartnerschaft für eine Innovationspartnerschaft nutzen. Förderprogramme des Landes müssen sich gleichberechtigt an Betriebsleitungen und Betriebsräte richten und sie bei der Gestaltung des Strukturwandels unterstützen – für digitale Innovationen, gute Arbeit und Weiterbildung.
- Von Diskriminierungen sind zahlreiche Menschen im Land Bremen betroffen. Besonders häufig werden Erwachsene in der Arbeitswelt diskriminiert und ausgebeutet. Aus diesem Grund muss ein zentrales Anliegen der geplanten Landesantidiskriminierungsstelle sein, die Entwicklung in der Arbeitswelt mit

zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck ist eine enge Zusammenarbeit mit Beratungsstelle ADA (Antidiskriminierung in der Arbeitswelt) und der Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung (MoBA) unerlässlich. Um die bereits bestehenden kompetenten Beratungsangebote von ADA und MoBA in den Gewerkschaftshäusern zu verstetigen und bedarfsorientiert auszubauen, braucht es statt der Projektförderung eine stabile Finanzierung als Regelförderung mit mindestens vier Vollzeitstellen. MoBA muss zudem als feste Beratungsinstitution des Landes Bremen im Rahmen der EU-Freizügigkeit etabliert werden.

- Der Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und für die Teilhabe arbeitsloser Menschen ist wichtig. Daher begrüßen wir die Maßnahmen des Teilhabeengesetzes und fordern dessen Beibehaltung.
- Der öffentliche Dienst ist Teil der digitalen Arbeitswelt. Dass der digitale Wandel gerade dort gelingt, ist die Voraussetzung für effiziente Arbeitsabläufe in allen Bereichen der Gesellschaft. Daher müssen Sachmittel und Personal ausgebaut werden, damit der digitale Wandel im öffentlichen Dienst reibungslos vonstattengehen kann.

Bildung und Ausbildung: Schulen und Berufsschulen beim digitalen Wandel unterstützen, Auszubildende und Betriebe während der Ausbildung unterstützen, Wissenschaft durch Grundmittel absichern, frühkindliche Bildung stärken

- Mit dem Doppelhaushalt 2022/2023 muss eine bessere finanzielle Ausstattung der allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen im Land Bremen auf den Weg gebracht werden. Die Pro-Kopf-Ausstattung im Land Bremen ist bedeutend niedriger als in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Für Berufsschüler*innen besteht beispielsweise eine Lücke von ungefähr 1000 Euro pro Kopf. Diese Finanzierungslücke muss geschlossen werden, um die Schulbildung zu verbessern. Gerade bei der dualen Ausbildung bestehen große Lücken in der technischen Ausstattung der Berufsschulen. Nur wenn diese verbessert wird, kann den heterogenen Bedarfen der Berufsschüler*innen entsprochen werden und es können wichtige Investitionen in die technische Ausstattung der Berufsschulen getätigt werden. Bedarf gibt es auch im Netzausbau, um die Digitalisierung an Schulen, insbesondere an Berufsschulen, voranzutreiben.
- Bremen ist einen großen Schritt in Richtung Digitalisierung der Schulen gegangen. Um dies zu nutzen und nachzuhalten ist es zum Einen notwendig, ausreichend Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte anzubieten und zum Anderen dringend geboten, für die Betreuung von Geräten und Netzwerken IT-Fachkräfte auszubilden, nachzuhalten und einzustellen. Das Qualifizierungskonzept aus dem Herbst sieht sinnvolle Fortbildungsmaßnahmen für digitale Konzepte für Lehrkräfte vor. Allerdings darf nicht der gesamte IT-Aufbau und Support als zusätzliche Aufgabe ihnen überlassen werden. Mindestens müssen Unterrichtsverpflichtungen gesenkt werden, damit der Unterricht mit den neuen Medien erlernt werden kann.
- Wenn Jugendliche und Betriebe zusammengefunden haben und ein Ausbildungsvertrag geschlossen ist, sollen sie die Ausbildung auch erfolgreich zum Abschluss bringen. Dies gelingt bislang zu häufig nicht. Entwickelt werden muss daher neben Betrieb und Berufsschule eine „Dritte Säule“, in der Unterstützungsangebote für Auszubildende und Betriebe gebündelt und niedrigschwellig vorgehalten werden. Das Programm „Ausbildung – Bleib dran“ muss verstetigt werden.

- Schon vor der Krise war der Ausbildungsmarkt angespannt: Die Anzahl der Ausbildungsplätze ist immer weiter gesunken. Durch die Krise wurde diese Entwicklung noch verschärft. Jetzt muss dringend nachgesteuert werden: Das Niveau der Ausbildungsplätze muss mindestens gehalten, aber besser noch gesteigert werden. Ein Zukunftsfonds, mit dessen Hilfe Ausbildungsplätze neu entstehen können, muss weiterhin auf der Agenda bleiben.
- Die Ausbildungsgarantie, zusätzliche Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst und weitere aus- und überbetriebliche Maßnahmen, die zu einem Berufsabschluss führen, werden auch weiterhin benötigt. Gut funktionierende Maßnahmen müssen erhalten bleiben.
- Der Ausbildungsreport für das Land Bremen und Niedersachsen zeigt den Bedarf an einer eigenen Wohnung. Es müssen daher attraktive Wohnangebote für Azubis entstehen. Das soll in Form von Azubi-Wohnheimen passieren, in denen primär Einzelappartements angeboten werden.
- Das Land Bremen muss daher mit dem Land Niedersachsen zusammen ein länderübergreifendes Azubi-Ticket anbieten. Über 35% der Azubis pendeln aus dem Umland nach Bremen, entweder zum Betrieb oder zur Berufsschule. Ein VBN-weites Azubi-Ticket steigert die Mobilität und ermöglicht es noch mehr jungen Menschen, ihre Ausbildung hierzulande zu absolvieren, sowie Bremer Jugendlichen, auch zu Ausbildungsstätten und Berufsschulen im Umland zu pendeln. Diese Bindung von Fachkräften nutzt langfristig dem Standort Bremen.
- Mit dem Wissenschaftsplan 2025 hat sich der Senat nach Jahren der Kürzungen wieder für einen moderaten Ausbau des Wissenschaftssystems entschieden. Der Plan ist in den letzten beiden Jahren nicht komplett ausfinanziert gewesen. Wir fordern die Bremische Bürgerschaft auf, den Wissenschaftsplan 2025 im Haushalt 2022/23 komplett zu finanzieren.
- Mehr als 80 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben einen befristeten Arbeitsvertrag. Auch von den Angestellten in Technik und Verwaltung ist fast ein Viertel nur auf Zeit angestellt. Um die Befristungsquote zu verringern, müssen die Hochschulen mehr Grundmittel bekommen und alle zeitlich befristeten (Projekt-) Mittel des Landes Bremen müssen in Grundmittel umgewandelt werden. Nur so kann der große Bedarf an akademischen Weiterbildungen für beruflich und akademisch Qualifizierten erfüllt werden, den eine Studie des CWS für das Land Bremen analysiert.
- Die Mittel für die anerkannten Weiterbildungsträger die u.a. nach dem Landesweiterbildungsgesetz finanziert werden, wurde im Jahr 2020 um 300.000 Euro erhöht. Damit bekommen die Träger besonders mehr Geld um ihren Honorarkräften grob 25 Euro je Unterrichtseinheit zu bezahlen, während im Vergleich alle Honorarkräfte in BAMF-Kursen ab dem 01.01.2021 ein Mindesthonorar von 41 Euro bekommen. Um zu einer vergleichbaren Bezahlung von Angestellten und Honorarkräften zu kommen, sind Honorarsätze von 50 Euro notwendig und dafür muss der Haushalt für die Weiterbildungsträger um ca. 1 Million erhöht werden.
- Bildungsgerechtigkeit fängt bei frühkindlicher Bildung an. Die Einrichtungen frühkindlicher Bildung müssen ausreichend mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet sein. Wo nötig, müssen Sanierungen vorgenommen werden können.

Wirtschaft: In Krankenhäuser investieren, Gewerbeflächenpolitik qualitativ weiterentwickeln, Klimaschutzmaßnahmen umsetzen, ESF-Projekte stärken

- Im Land Bremen wird zu wenig in Krankenhäuser investiert. Investitionskosten zu tätigen ist Aufgabe des Trägers. Dieser kommt seiner Aufgabe aber nicht ausreichend nach. Daher werden Pflegepersonal-kosten oft dazu genutzt, Investitionen quer zu finanzieren. Hier müssen jetzt die Träger ihrer Aufgabe nachkommen und in eine moderne Ausstattung und funktionsfähige Geräte der Krankenhäuser investie-ren. Gerade in dieser Krise zeigt sich, wie wichtig ein gut finanziertes Gesundheitssystem ist. Das Land muss zeitgemäße und lebensrettende Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen.
- Die Gewerbeflächenpolitik muss sich in Zukunft an einer nachhaltigen Wirtschafts- und Beschäftigungs-politik orientieren. Hierfür ist eine aktive Liegenschaftspolitik angezeigt. Zudem sind die knappen Flä-chenressourcen so zu entwickeln, dass durch hohe Arbeitsplatzdichten mehr Beschäftigung entsteht. Dies gilt auch für Bestandsgebiete, die durch Nachverdichtung weiterentwickelt werden sollten. Es muss mit dem Land Niedersachsen zusammen ein angebotsorientiertes Konzept erstellt werden, dass die Be-reitstellung von nicht reservierten und infrastrukturell gut angeschlossenen Gewerbeflächen sichert. As-pekte der guten Arbeit sollten hierbei genauso eine Rolle spielen wie die Ansiedlung zukunftssicherer Branchen. Die Gewerbefläche Lune Plate in Bremerhaven ist dafür ein gutes Beispiel: Hier sollen Unter-nehmen der Green Economy zukunftssichere Arbeitsplätze anbieten. Diese müssen jedoch tariflich ab-gesichert sein. Die Vergabe sollte außerdem daran geknüpft werden, ob die betreffenden Unternehmen Ausbildungsplätze anbieten.
- In diesem Jahr wird die Enquete-Kommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ einen Maß-nahmenkatalog zur Senkung des CO₂-Ausstoßes im Land Bremen vorlegen. Die dort enthaltenen Maß-nahmen müssen schnell umgesetzt werden. Das IMK empfiehlt einen Transformationsfonds, der Unter-nehmen unterstützt, die in klimagerechte Maßnahmen investieren wollen. Wir fordern für das Land Bremen die Förderung von grünem Wasserstoff für die Industrie, aber auch Start Ups, die innovative Ideen zur Reduktion von Treibhausgasen verfolgen. Wir begrüßen den Vorschlag, Bremen und Bremer-haven zu Solar Cities zu machen und die Anbringung von Solaranlagen auf allen Neubauten und an-schließend auch auf Bestandgebäuden sicher zu stellen.
- Auch in der Verkehrspolitik müssen konkrete Lösungen gefunden werden, den Autoverkehr im Land Bremen zu reduzieren. Gerade in Gebieten am Stadtrand ist das Auto das attraktivste Fortbewegungs-mittel. Dort muss der ÖPNV attraktiver gemacht werden – durch eine höhere Taktung, die Erschließung neuer Strecken und fahrgastfreundliche und saubere Wägen.
- Für die EU-Förderperiode wurden eine leichte Anhebung der EFRE-Mittel und eine starke Reduktion der ESF-Mittel angekündigt. Wir begrüßen den Beschluss, die EFRE-Mittel in Richtung des ESF umzuschich-ten, sodass zusätzliche 20 Millionen aus Mitteln des BMAS zugeschossen werden können. Der ESF ist gerade in der Corona-Zeit ein wirksames Mittel, um Berufsorientierung zu sichern und damit die Integra-tion in den Arbeitsmarkt zu befördern.